

Einem Fünftel der Rentner droht Armut

Berlin - Selbst bei weiter positiver Konjunktur könnte das Armutsrisiko im Alter einer neuen Studie zufolge in den kommenden Jahren spürbar steigen. Der Anteil der von Armut bedrohten Rentner könnte bis 2039 von 16,8 auf 21,6 Prozent wachsen, wie aus Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hervorgeht. Besonders betroffen seien gering qualifizierte, Alleinstehende sowie Menschen mit längerer Arbeitslosigkeit.

Studienleiter Christof Schiller sagte: "Selbst bei einer positiven Arbeitsmarktentwicklung müssen wir mit einem deutlichen Anstieg der Altersarmut in den kommenden 20 Jahren rechnen." Besonders Betroffene müssten noch besser in Arbeit gebracht werden, zudem seien Rentenreformen nötig.

Bei ihrer Berechnung gehen die Forscher unter anderem davon aus, dass sich der Arbeitsmarkt weiter positiv entwickelt. Als von Armut bedroht gelten Menschen mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens. Laut der Studie sind das Personen, deren monatliches Nettoeinkommen unter 905 Euro liegt.

Als Gründe wurden unter anderem prekäre Beschäftigung, verbreitete Teilzeitarbeit, befristete Verträge und Unterbrechungen des Berufslebens etwa bei Müttern ausgemacht.

Die geplante Grundrente - auch nach dem Konzept von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) ohne eine Prüfung der Bedürftigkeit - wäre laut den Studienautoren "nicht hinreichend zielgenau". Zwar ließe sich damit die Armutsrisikoquote bis 2039 auf 18,4 Prozent begrenzen. Doch viele Bezieher des Rentenaufschlags lebten in Haushalten mit Einkünften oberhalb des Existenzminimums. 85 Prozent der zunächst 3,1 Millionen Menschen, die Grundrente beziehen würden, hätten keinen Anspruch auf Grundsicherung im Alter. Das mittlere Nettoeinkommen der Begünstigten läge - so die Studienautoren - sogar doppelt so hoch wie die Bedürftigkeitsschwelle.

Die Union lehnt die Grundrente wie von Heil vorgeschlagen ab, weil sie auf die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Bedürftigkeitsprüfung besteht. Doch dann profitieren laut Studie auch deutlich weniger Menschen - der Anteil derer, die von Altersarmut bedroht sind. Würde demnach nur um 0,4 Prozentpunkte sinken.

Studienleiter Schiller schlug vor, das Heil-Konzept um eine Einkommensprüfung zu ergänzen. Außerdem sollten auch mehr Menschen von der Grundrente profitieren können, die längere Zeiten ohne Rentenversicherung aufweisen als derzeit geplant. Die Koalition will, dass man 35 Versicherungsjahre aufweisen muss. dpa